

Populisten und Extremisten im Expertenurteil

Harald Bergsdorf

„Manche meinen, lechts und links kann man nicht verwechseln. Werch ein illtum“, heißt es bei Ernst Jandl. Oskar Lafontaine, nach dessen Flucht aus dem Amt der DAX um sechs Punkte kletterte, betätigt sich mittlerweile als rechter Linkspopulist. Inzwischen agitiert er gegen „Fremdarbeiter“ und bedient damit sogar rechtsextreme Feindbilder. Seine Hetze gegen „Schandgesetze“ erinnert an Agitation gegen die Weimarer Republik. Auch weit überzogene Israel-Kritikbieteteter, wie sie ähnlich im Bundestagswahlkampf 2002 aus der FDP-Spitze kam und bis heute in Deutschland populär scheint.

Offenbar will Lafontaine vor allem Prolet-Arier ködern. Immerhin trägt, wie eine aktuelle Studie der FU Berlin zeigt, jedes fünfte der rund sieben Millionen Gewerkschaftsmitglieder eine „rechtsextreme Gesinnung“ in sich (Auftraggeber der Studie: der DGB). Im Ausland avancierten rechtsextreme Populisten (etwa Haider, Le Pen) jüngst mehrfach bei nationalen Wahlen zur stärksten Kraft bei Arbeitern. Klar scheint auch: Gerade zahlreiche SPD-Stammwähler ärgern sich über Erfolge von Grün-Rot beziehungsweise deren abgehobene Politik für besser Verdienende, zum Beispiel das Zuwanderungsgesetz, den Doppelpass, den Atomausstieg, das Dosenpfand, die Homoehe und die umweltfeindliche Ökosteuer.

Momentan scheinen Lafontaines Ausichten gut, mit seinen Mitstreitern in den Deutschen Bundestag einzuziehen – was letztlich passiert, bleibt abzuwarten. Mit einem Wählerstimmenanteil von 2,2 Pro-

zent errangen die Wunderheiler von der WASG bereits in NRW jüngst einen Achtungserfolg – ein Wahlergebnis, von dem die PDS im Westen seit langem träumt. Nun wollen beide Formationen ihre Potenziale bündeln, um gesamtdeutsch die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Zwar erklärt die SPD, auf keinen Fall mit Lafontaine/Gysi/Bisky zu koalieren. Doch wie oft hat sie vor Wahlen ausgeschlossen, mit der PDS zu koalieren, um es dann nach der Wahl doch zu tun? Mindestens zweimal.

Nach der Bundestagswahl 2002 erklärten zahlreiche Beobachter die PDS für erledigt. Doch die Nekrologe auf die Neosed kamen verfrüht. Zuletzt konnte die PDS auch ohne Lafontaine wieder zulegen: So steigerte sie sich in Thüringen bei der letzten Landtagswahl um knapp fünf Prozentpunkte (mit einem beweglichen Spitzenkandidaten aus Westdeutschland). Mit 26,1 Prozent der Zweitstimmen rangiert sie im Freistaat inzwischen noch deutlicher vor der SPD, die 14,5 Prozent errang. Auch bei der Europawahl erhöhte die PDS bundesweit ihren Stimmenanteil und übersprang erneut klar die Fünf-Prozent-Hürde – das bundesweit beste Wahlergebnis der PDS in ihrer Geschichte; in Brandenburg gelangte sie bei der Wahl zum Europäischen Parlament gar auf den ersten Platz.

Auf Platz zwei der Wählergunst landete die PDS erneut auch bei der jüngsten Landtagswahl in Sachsen, wo sie (mit einem Stasi-belasteten Spitzenkandidaten, der einst aus Österreich in die DDR wech-

selte) um 1,4 Prozentpunkte wuchs – die SPD dagegen sank auf einen Stimmenanteil von unter zehn Prozent; das schlechteste SPD-Ergebnis bei einer Landtagswahl seit 1946; die SPD blieb erstmals bei einer Landtagswahl vor dem Komma einstellig. In Brandenburg kam die PDS bei der letzten Landtagswahl mit 28 Prozent ebenfalls auf den zweiten Platz. Sie erzielte ein Plus von knapp sieben Prozentpunkten beziehungsweise 100 000 Stimmen – das beste PDS-Ergebnis überhaupt seit 1990 oberhalb der kommunalen Ebene und außerhalb Ost-Berlins, der früheren DDR-Hauptstadt (PDS dort 2001: 47,6 Prozent – mehr als SPD, CDU, FDP und Grüne zusammen).

Auch wenn 1989 viele DDR-Bürger für freie Wahlen demonstrierten und gegen das „Zettelfalten“: Besser als alle anderen relevanten Parteien mobilisiert die kapitalkräftige PDS meist ihr Wählerpotenzial. Oft gewinnt sie in absoluten Zahlen zwar nur leicht, erhöht ihren Stimmenanteil aber wegen einer geringen beziehungsweise gesunkenen Wahlbeteiligung deutlich – Nichtwähler fördern vor allem jene Parteien, die sie nie wählen würden (dennoch nannte Sartre Wahlen „Idiotenfalten“). Allerdings findet sich auch unter Nichtwählern üblicherweise ein erheblicher Teil an Wahlberechtigten mit mehr oder minder extremistischen Einstellungen – in Brandenburg etwa mobilisierte die PDS bei der letzten Landtagswahl für sich mehr frühere Nichtwähler als Wähler von anderen Parteien.

Kurz: Vorerst bleibt die PDS, zumal mit Lafontaine, eine relevante Partei, die wissenschaftliches Interesse verdient. Allein nach ihrer Mitgliederzahl rangiert sie derzeit bundesweit immer noch auf dem vierten Platz (rund 70 000): hinter SPD (rund 700 000), CDU (rund 600 000) und CSU (rund 180 000), aber vor FDP (rund 65 000) und Grünen (rund 45 000). Inzwischen agiert sie in vier Landtagen als zweitstärkste Parlamentspartei beziehungs-

weise -fraktion (Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt) und in zwei Landesregierungen als Koalitionspartner (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern).

Demokratietauglichkeit

Viele Veröffentlichungen, die sich mit der PDS befassen, offenbaren mehr über politische Gesinnungen ihrer Autoren als ihren Gegenstand. Inhaltlich widmen sich politische, publizistische und (politik-)wissenschaftliche Debatten gerade auch der Frage, ob die PDS (eher) als extremistische oder demokratische Partei anzusehen ist. In seiner Dissertation untersucht Jürgen Lang die Demokratietauglichkeit der PDS – ein auch deshalb bedeutsames Thema, weil sogar PDS-„Chefideologe“ André Brie fordert, seine Partei müsse „ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden“, was auch immer er mit „positives Verhältnis“ genau meint.

Gerade weil die PDS auf Landesebene als Koalitionspartner agiert, bleibt es bedeutsam, die Demokratietauglichkeit der PDS zu prüfen, zumal die Ämter für Verfassungsschutz die PDS ebenfalls unterschiedlich bewerten – auch unter Regierungen mit SPD-Beteiligung beobachten einige Landesämter für Verfassungsschutz die PDS oder Teile der Partei. Dort allerdings, wo SPD und PDS gemeinsam regieren, erodiert – fast selbstverständlich – die Bereitschaft, die Neo-SED mit dem Verfassungsschutz zu erforschen. Doch bedeutet die Mitwirkung in den (exekutiven) Verfassungsorganen der rechtsstaatlichen Demokratie, deren zentrale Werte und Verfahren wirklich zu akzeptieren?

Lang erhebt den Anspruch, unvoreingenommener, umfassender und präziser als andere zu untersuchen, inwieweit die PDS extremistisch beziehungsweise demokratisch ist. Zu diesem Zweck definiert er zunächst die Begriffe „demokratisch“ und „extremistisch“. Hier stützt er sich vor allem auf die Pionierarbeiten von Eckhard

Jesse und Uwe Backes. Auf diesem festen Fundament differenziert er – *sine ira et studio* – zwischen demokratischem Schein und Sein: Tatsächlich muss eine Partei, die (wie die PDS) etwa mehr plebiszitäre Elemente fordert, keine demokratische Kraft sein.

Im Hauptteil seiner Arbeit analysiert er erstens die Grundwerte sowie das Demokratie- und Staatsverständnis der PDS, zweitens die (außer-)parlamentarische und gouvernementale Strategie der PDS und drittens grundlegende Organisationsprinzipien der PDS, Grundformen der innerparteilichen Demokratie in der PDS sowie zentrale Merkmale des PDS-internen Umgangs mit innerparteilichen Strömungen. In jedem Kapitel kommentiert Lang Handeln beziehungsweise Äußerungen vor allem der „Reformer“ und „Orthodoxen“. Schließlich bewertet er die PDS-interne Relevanz der PDS-Verhaltensweisen beziehungsweise -Stellungnahmen und prüft ihre Demokratietauglichkeit.

Extremistischer Kern

Im Unterschied zu vielen anderen Autoren durchforstet Lang in seiner Arbeit eine Fülle an Material, das von der PDS selbst stammt. Sein Fazit: Trotz „Ansatzpunkten einer demokratischen Entwicklung“ qualifiziert er die PDS im Kern als extremistisch. Stärker als andere Autoren betont er die (extremistischen) Gemeinsamkeiten von „Orthodoxen“ und „Reformern“. So weigern sich beide, die SED-Diktatur wirklich zu kritisieren. Beide befinden, nur der Sozialismus ermögliche echte Freiheit und Demokratie. Die gesamte PDS-Strategie zielt darauf, (gewaltbereite) Linksextremisten zu sammeln, statt abzuschrecken oder auszuschließen.

Allerdings: Deutlicher als die „Orthodoxen“ bemühen sich die „Reformer“, einen demokratischen Schein zu wahren. So distanzieren sich die „Reformer“ kurz nach dem 11. September 2001 gerade auch

deshalb von antiamerikanischen Äußerungen „orthodoxer“ Parteifreunde („So was kommt von so was“), weil es damals opportun war beziehungsweise schien – zuvor hatten die „Reformer“ viele Gelegenheiten verstreichen lassen, die „Orthodoxen“ öffentlich zu kritisieren. Inzwischen unterstellt die PDS (in ihrem neuen Parteiprogramm) den USA, „Angriffskriege“ zu führen.

Sowohl die „Orthodoxen“ als auch die „Reformer“ wollen die Neo-SED zur stärksten Regierungspartei im Osten formen. Doch auf dem Weg zu diesem gemeinsamen Ziel agieren die „Reformer“ pragmatischer und ideologisch flexibler. Bei allen Unterschieden: Mehr oder minder dulden sowohl die „Reformer“ als auch die „Orthodoxen“ die rechtsstaatliche Demokratie, ohne sie wirklich zu akzeptieren – viele vehemente Versuche, die Bundesrepublik zu diskreditieren und die SED-Diktatur zu beschönigen, stammen ohnehin von Bisky und Gysi persönlich. Gern nutzen die „Reformer“ die „Orthodoxen“ allerdings als Kontrastmittel; gerade auch mit Verweisen auf ihre „orthodoxen“ Parteifreunde versuchen die „Reformer“, sich selbst als „demokratisch“ zu stilisieren und die PDS insgesamt als pluralistisch. Während andere lediglich behaupten, der PDS mangle es an Demokratietauglichkeit, liefert Lang dafür auch diverse Belege. Mit seiner Arbeit widerlegt er Aussagen, bei der PDS handle es sich um eine normale demokratische Partei.

Ähnlich wie Lang leistet Viola Neu seit Jahren zentrale Beiträge zur Erforschung der PDS. In ihrer Dissertation konzentriert sie sich zunächst auf zwei Fragen. *Erstens*: Wer wählt warum PDS? *Zweitens*: Wie stark oder schwach sind extremistische Verhaltensweisen, Positionen beziehungsweise Einstellungen in der PDS und bei ihren Wählern? Auf Grundlage auch unveröffentlichter Umfragen untermauert sie eingangs zentrale Erkenntnisse über die PDS-Wähler: Während der Arbeiter-

anteil in der (ostdeutschen) PDS-Wählerschaft – zumindest bis zu den jüngsten Landtagswahlen – immer noch unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt, rangiert der Anteil der (leitenden) Angestellten bei PDS-Wählern über dem Durchschnitt.

Anders als der Altersdurchschnitt der „grauen“ PDS-Mitglieder, die besonders betagt sind, entspricht der Altersdurchschnitt der PDS-Wähler fast dem der Gesamtbevölkerung – abgesehen vom hohen Anteil junger Frauen in der PDS-Wählerschaft. Gemessen allein an der Altersstruktur ihrer Wähler, kann die PDS insgesamt mit gutem Grund behaupten, eine Volkspartei zu sein. Das formale Bildungsniveau der PDS-Wähler übersteigt allerdings jenes der Gesamtbevölkerung. Dagegen ähnelt das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen der PDS-Wähler jenem des Bevölkerungsdurchschnitts. Viele PDS-Wähler empfinden sich als zumindest immaterielle Verlierer der deutschen Vereinigung, weil sie zum Beispiel Statusverluste erlitten haben.

Interessant ebenfalls, was Neu über das Image der PDS in der ostdeutschen Bevölkerung präsentiert, also das PDS-Image auch jenseits der PDS-Wähler – hier zeigt sich das Janusgesicht der PDS besonders klar. So hält eine deutliche Mehrheit aller Ostdeutschen die PDS sowohl für eine normale demokratische Partei (PDS-Wähler: 94 Prozent) als auch für eine kommunistische Kraft (PDS-Wähler: 41 Prozent). 62 Prozent der Ostdeutschen meinen, die anderen Parteien sollten mit der PDS zusammenarbeiten (PDS-Wähler: 99 Prozent), was auch immer damit gemeint sein mag – kooperieren mit der PDS auch in Koalitionen? Gemessen an innerparteilichen Wahlergebnissen, verfügen klar pro-stalinistische Kräfte in der PDS über erheblichen Einfluss: Allein die kommunistische Plattform erhält von einem Drittel der PDS-Bundesdelegierten Rückhalt; auch der momentane PDS-Bundesvorsitzende Lothar Bisky äußert, er freue

sich über das Engagement der Kommunistischen Plattform.

Abschließend betritt Neu Neuland. Auf der Basis ihrer (normativen) Extremismus-Definition versucht sie, jene Einstellungen in der Bevölkerung empirisch nachzuweisen, die sowohl Rechts- als auch Linksextremisten offenbar in sich tragen beziehungsweise klar äußern. Denn Rechts- und Linksextremisten trennen „Rechts-links“-Unterschiede, teilen aber extremistische Gemeinsamkeiten: Je nach Perspektive unterscheiden oder ähneln sich Rechts- und Linksextremisten, wie beide Begriffe schon andeuten. Die empirischen Untersuchungen von Neu offenbaren einige extremistische Einstellungsmuster, die sich qualitativ beziehungsweise quantitativ von Einstellungsmustern anderer Parteianhänger separieren lassen – bereits bei William Butler Yeats heißt es: „Alle leeren Seelen neigen zu extremen Ansichten.“

Heftige Kapitalismuskritik

So finden sich sowohl bei Anhängern der PDS als auch rechtsextremer Parteien besonders vehementer Antiamerikanismus und massive Elitenkritik; ebenfalls eine besonders starke Neigung, pauschalierenden Verschwörungstheorien zu folgen (Beispiel: „Medien sind manipuliert“). Beide Potenziale rufen besonders häufig nach einem „starken Mann“. Auch bei einem erheblichen Teil rechtsextremer Parteianhänger (und in rechtsextremen Parteiprogrammen) lässt sich eine heftige Kapitalismuskritik diagnostizieren, wofür es bekanntlich historische Vorläufer gibt. Die Aussage allerdings, Ausländer und Asylanten ruinierten Deutschland, bejahen 54 Prozent der rechtsextremen Parteianhänger und 26 Prozent der PDS-Anhänger (die PDS-Anhänger rangieren mit diesen 26 Prozent aber auf Platz zwei aller relevanten Parteianhänger).

In ihrer Arbeit gelingt es Neu, eine auch gemeinsame Einstellungsbasis von Links-

und Rechtsextremisten zu belegen und damit die Extremismusforschung empirisch zu unterfüttern – schon Friedrich Dürrenmatt formulierte: „Es ist immer atemberaubend, einem Schlagwort in der Wirklichkeit zu begegnen.“ Die Dissertationen von Neu und Lang leisten viel, um die PDS und ihr Wählerpotenzial gründlicher zu durchleuchten. Beide Bücher bringen bemerkenswerte Befunde, die auf den langjährigen, feinsinnigen Analysen ihrer Autoren basieren. Über die weiteren Chancen der PDS, bei Wahlen zu reüssieren, bemerkt Neu: „PDS-Wähler haben ein fast geschlossenes sozialistisches Weltbild. Doch sind sie damit keine isolierte Minderheit. Sie sind nur diejenigen, die die PDS wählen, während die anderen, die das gleiche Weltbild haben, sich für andere Parteien entscheiden.“ Gerade weil Parteibindungen im Osten schwächer sind, wartet hier ein fruchtbares Feld für weitere PDS-Erfolge – nicht mehr, nicht weniger.

Die PDS profitiert unterdessen von verzerrenden Darstellungen der DDR-Wirklichkeit; Darstellungen, die lediglich einen wichtigen Teil des Lebens spiegeln. Gewiss kennzeichneten SED- beziehungsweise Stasi-Terror, -Propaganda und -Bespitzelung sowie das Verbot von Westreisen die DDR; ebenfalls die meist schlechte Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten, der geringe Lebensstandard für die meisten, die gemeinhin geringe Wohnqualität sowie die üblicherweise langen Wartezeiten etwa auf (kaum besseren) Wohnraum, Pkw und Südfrüchte. Doch zur DDR gehörte auch harte Arbeit vieler Menschen unter widrigen Bedingungen; selbstverständlich gab es auch in der DDR zum Beispiel viele hoch qualifizierte und motivierte Facharbeiter, zudem mutige Auflehnung, innere Emigration und privates Glück.

Florian Hartleb befasst sich in seiner Dissertation (wie jene von Neu und Lang bei Jesse/Chemnitz entstanden) eben-

falls mit der PDS, aber auch der Schill-Partei. In seiner Arbeit konzentriert sich Hartleb auf die Frage, in welchem Maße die extremistische PDS und nicht-extremistische Schill-Partei populistisch agieren beziehungsweise agitieren. Er untersucht, worin Populismus besteht, wie er genau funktioniert und inwieweit sein Populismus-Begriff zur PDS beziehungsweise Schill-Partei passt. Er vergleicht die populistische Intensität der beiden Kräfte, ohne die fundamentalen Unterschiede zwischen PDS und Schill-Partei zu verkennen, etwa Geschichte, Parteiapparat, gesellschaftliche Verwurzelung.

Populistische Propaganda

„Populismus“ zählt zu den ebenfalls häufig gebrauchten, aber – im Unterschied zum Extremismus-Begriff – bislang selten präzisierten Termini der politischen Sprache. Üblicherweise präsentieren sich populistische Parteien als antielitäre Anti-Parteien-Bewegungen mit charismatischer Leitfigur. Populisten beider Richtungen versuchen, die gordischen Knoten moderner Politik mit dem Schwert vereinfachter Lösungen zu durchschlagen. Die Wahlberechtigten mutieren unter populistischer Obhut von angeblichen Objekten der Politik zu vermeintlichen Subjekten der öffentlichen Angelegenheiten. Populisten à la Lafontaine verbreiten diverse Halbwahrheiten, die üblicherweise schwerer zu widerlegen sind als Lügen. Um Lücken zwischen Wahn und Wirklichkeit zu überbrücken, arbeiten Populisten zum Beispiel mit antiamerikanischen beziehungsweise -kapitalistischen Verschwörungstheorien (ähnlich wie NPD und PDS nennt Lafontaine den NATO-Einsatz in Ex-Jugoslawien, der endlich den Diktator Milošević stürzte, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg). Ihre grob vereinfachte Sündenbock-Agitation bietet ihnen die Basis, um rigide Lösungen zu fordern.

Gemeinhin nutzen beziehungsweise schüren Populisten (altdeutsche) Partei-

enverachtung, fordern mehr plebiszitäre Elemente, bezeichnen Politik pauschal als „schmutziges“ statt schwieriges Geschäft, kritisieren die (angebliche) Abgehobenheit und Inkompetenz aller anderen Politiker, geben sich besonders volksnah, nennen das „Volk“ eine Ein- statt Vielheit, äußern sich heterophob und kompromissfeindlich, halten das Gemeinwohl für vorgegeben, idealisieren sich und das „Volk“ als „sauber“ und „kompetent“, artikulieren und dramatisieren Missstände, verbreiten Halbwahrheiten, erheben fast ausschließlich populäre Forderungen, konzentrieren sich monomanisch auf ein politisches Thema, bevorzugen vereinfachte Diagnosen und Therapien, arbeiten mit Feindbildern und Verschwörungslegenden, appellieren an niedere Instinkte, jonglieren mit Ressentiments, reden ihrem Wählerpotenzial nach dem Munde und agitieren beziehungsweise agieren damit stark demoskopiehörig. Allerdings muss ein bürgernaher Politiker, der eine populäre Forderung erhebt, allein deshalb selbstverständlich noch lange kein Populist sein – wesentlich ist die Dosis.

Die Rezepte, die Populisten wie Lafontaine anbieten und propagieren, eignen sich, Deutschland noch tiefer in die Sackgasse zu führen. Mindestlöhne etwa verteuerten Arbeit und damit auch Produkte. Darunter müssten gerade auch kleine Leute leiden. Ähnlich wie Rechtspopulisten wettet Lafontaine gegen die Globalisierung und will er Deutschland abschteten – nach der Devise: Fremdarbeiter raus. Doch wer kann sich einen Pkw leisten, der komplett in Deutschland zu Mindestlöhnen entstanden ist? Mindestlöhne zerstörten damit weitere Arbeitsplätze. Zwar kämen wahrscheinlich weniger Fleischer aus Polen nach Deutschland – aber zugleich wohl mehr Fleisch.

Vereinfachungen als Programm

Lord Ralf Dahrendorf bilanziert: „Populismus ist einfach, Demokratie komplex:

Das ist vielleicht das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden Formen des Bezugs auf das Volk ... Für nicht-populistische Politiker bedeutet das eine ... komplexe Aufgabe. Sie müssen die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen ... Komplizierte Zusammenhänge zu erklären ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.“ Hartleb hält Populismus für eine Art, Politik zu betreiben, gibt ihm aber – anders als andere – auch eine inhaltliche Dimension. So präsentieren sich Populisten gern als pazifistisch und agitieren gegen die USA, Europa, die Globalisierung und „Sozialabbau“, wobei Linkspopulisten zusätzlich „antifaschistisch“ auftreten und Rechtspopulisten üblicherweise gegen Fremde hetzen.

Sowohl die schrumpfende Schill-Partei als auch die PDS profitierten, zumindest zeitweise, in gut populistischer Manier von einer mehr oder minder charismatischen, medienwirksamen Leitfigur – hier „take it-Gysi“, dort „Richter Gnadenlos“-Schill; allerdings bleiben vorerst auch Biskys Fähigkeiten zur Außendarstellung und innerparteilichen Integration für die PDS bedeutsam. Stärker als die PDS agierte die Schill-Partei fast wie eine *one-issue*-Partei, die sich medien- und öffentlichkeitswirksam auf ein Thema konzentrierte, von dem sie damit aber auch stark abhängig war; mit ihrem Thema verfügte sie über ein einseitiges, damit aber auch klares Profil – allerdings gilt auch die PDS, zumindest in den Augen ihrer Wählermehrheit, nur für zwei Themen als wirklich kompetent: soziale Gerechtigkeit und ostdeutsche Interessen beziehungsweise Befindlichkeiten.

Beiden, Schill-Partei und PDS, bereitet(e) es Mühe, sich antielitär zu geben – sowohl dem Sylter Partylöwen Schill, der allerdings stark aus dem SPD-Kernwählerpotenzial schöpfte, als auch der PDS, die unter anderem als Sprachrohr und klar

wichtigste Wahlpartei der DDR-Oberschicht fungiert. Hartleb bilanziert, beide Formationen gehörten, mit Einschränkungen, zur selben populistischen Familie – bekanntlich können ja Angehörige derselben Familie bei allen Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlich sein. Hartlebs Arbeit bietet sowohl aufschlussreiche Anregungen als auch sachdienliche Hinweise für die weitere Erforschung des Rechts-, aber auch des Linkspopulismus, den viele Autoren ausblenden. Zugleich und vor allem leistet Hartleb einen wichtigen Beitrag, den Begriff Populismus zu präzisieren.

Über einige Einschätzungen Hartlebs lässt sich trefflich diskutieren, zum Beispiel, ob pauschalierende Verbalattacken gegen die „Altparteien“ keinen Schwerpunkt der Schill-Partei bildeten, wie er meint – bemerkenswert (und unfreiwillig komisch) klingt die Äußerung der Schill-Partei Sachsen-Anhalt, in ihren Reihen gebe es „noch“ keine korrupten und unfähigen Politiker. Höchst zweifelhaft scheint auch, ob die Sowjetunion früher und die USA heute in Afghanistan „ähnliche Ziele“ verfolg(t)en, wie Hartleb darlegt. Zudem: Zwar analysiert Hartleb Schills Ausländerpolitik, vernachlässigt aber Probleme der Ausländer-Integration in Hamburg (und Deutschland), von denen Schill profitierte.

„Aktionistisch“ nennt Hartleb die (mancherorts verwirklichte) Forderung, öffentliche Plätze mit Videokameras zu überwachen; eine Forderung, der sich auch die Schill-Partei anschloss. Gewiss: Mitunter verdrängen Videokameras (wie andere Maßnahmen gegen Kriminalität, etwa Alarmanlagen oder höhere Polizei-

präsenz) Straftäter und Straftaten lediglich. Doch es bleibt wichtig, einige Orte durch (offene statt verdeckte) Videoüberwachung besonders zu schützen, zum Beispiel Bahnhöfe, Innenstädte oder Synagogen. Wie Erfahrungen zeigen, helfen Videokameras, sowohl Straftäter abzuschrecken als auch Straftaten aufzuklären (und Unschuldige zu entlasten). Damit dienen Videokameras der Prävention, aber auch der Repression, die zur Vorbeugung beiträgt – Tankstellen, Kaufhäuser, Banken und Schnellrestaurants nutzen Videokameras seit langem.

Klar scheint: Eine lasche, von falsch verstandener Liberalität geprägte Sicherheitspolitik wäre kaum geeignet, Kräfte wie die Schill-Partei zu verhindern und zu bekämpfen. Denn nur wenn sich vor allem Schwächere – Frauen, Kinder, Ältere – relativ sicher fühlen können, können sie sich auch relativ frei von der Angst beziehungsweise Furcht fühlen, Opfer einer Straftat zu werden. Um allerdings die Wurzeln von Kriminalität zu bekämpfen, gilt es tatsächlich, andere Aufgaben anzugehen, vor allem Erziehung zu Grundwerten.

Jürgen P. Lang: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2003, 196 Seiten, 29,00 Euro.

Viola Neu: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2004, 289 Seiten, 35,00 Euro.

Florian Hartleb: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 361 Seiten, 36,90 Euro.

Gescheiterte Hoffnung

„Selbst die Hoffnung auf einen fulminanten Abgang scheint sich für den Kanzler nicht zu erfüllen: Er geht nicht mit fliegenden Reform-Fahnen unter; er ertrinkt stattdessen in den Prozentfluten der neuen Linkspartei.“

Heribert Prantl am 22. Juli 2005 in der *Süddeutschen Zeitung*.